

IW-Trends

Brexit - Kein Vorbild für Deutschland

Hubertus Bardt / Lennart Bolwin / Berthold Busch /
Jürgen Matthes

IW-Trends 2/2024

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 51



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/iwkoeln)

Facebook

[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling

Senior Economist
groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer

Senior Economist
schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2024

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Brexit - Kein Vorbild für Deutschland

Hubertus Bardt / Lennart Bolwin / Berthold Busch / Jürgen Matthes, Mai 2024

Zusammenfassung

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union (EU) zu verlassen, hat bisher keine Nachahmer gefunden. Mit dem Verlust der Integrationsvorteile gehen für das Vereinigte Königreich erhebliche Handelshemmnisse und wirtschaftliche Nachteile einher. Diese negativen Erfahrungen sollten all jenen, die in anderen Mitgliedstaaten einen Austritt aus der EU befürworten, eine Warnung sein. Die Erfahrungen des Vereinigten Königreichs dienen als Basis für eine Schätzung der wirtschaftlichen Kosten eines von der AfD geforderten Austritts Deutschlands aus der EU. Diese Kosten werden auf Basis einer kontrafaktischen Analyse mit der sogenannten Synthetischen Kontrollmethode (SKM) geschätzt. Demnach würde ein sogenannter Dexit bereits nach fünf Jahren zu einem um schätzungsweise um 5,6 Prozent niedrigeren realen Bruttoinlandsprodukt führen und rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland riskieren. Innerhalb der ersten fünf Jahre wären die kumulierten Verluste an Wirtschaftsleistung in Deutschland ähnlich hoch wie während der kombinierten Corona- und Energiekostenkrise im Zeitraum 2020 bis 2023. Ein Austritt Deutschlands aus der EU und aus der Europäischen Währungsunion würde bewusst eine schwere ökonomische Krise und einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung in Deutschland auslösen.

Stichwörter: Brexit, EU-Binnenmarkt, Handelspolitik, Wohlstand

JEL-Klassifikation: F02, F14, F15, O24, O52

DOI: 10.2373/1864-810X.24-02-06

Gefahr zentrifugaler Kräfte in der EU

Nach dem Referendum im Sommer 2016 und der Entscheidung im Vereinigten Königreich (UK) aus der Europäischen Union (EU) auszutreten, stand die Befürchtung im Raum, dass der sogenannte Brexit auch zentrifugale Kräfte in anderen Mitgliedstaaten der EU stärken und weitere Austritte folgen könnten. Die langen und schwierigen Verhandlungen über den Ausstieg des UK und über den weiteren Status der britisch-europäischen Beziehungen haben deutlich gemacht, dass eine solche Entscheidung aufgrund der umfassenden Integration der Mitgliedstaaten keine einfache Angelegenheit ist. Vielmehr gehen viele Vereinbarungen verloren, die den freien Handel und Austausch zwischen den Ländern vereinfacht hatten. Die Trennung von der EU hat sich für die britische Volkswirtschaft in einem geringeren Wachstum und damit im Verlust von Wohlstand niedergeschlagen (Busch/Matthes, 2016; Busch, 2020; 2022; Grömling/Koenen, 2023). Grenzkontrollen haben den Handel kompliziert und teurer gemacht. Europäische Arbeitskräfte standen nicht mehr in der vorherigen Form zur Verfügung, Schüler und Studenten konnten nicht mehr im vorherigen Rahmen in das UK kommen.

Auch wenn in mehreren Mitgliedstaaten der EU rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt sind oder sogar die Regierung stellen, hat es keine weiteren Versuche eines Austritts aus der Union gegeben. Dies gilt für Österreich ebenso wie für Polen. Ungarn unter Viktor Orban will ebenso wenig aus der EU austreten wie Italien unter Giorgia Meloni. In Frankreich hat Marine Le Pen die Forderung nach einem Austritt aufgegeben, in den Niederlanden hat der Austritts-Befürworter Geert Wilders das Amt des Regierungschefs nicht erreicht. Die teilweise aggressive EU-Kritik geht nicht so weit, die umfangreichen Vorteile der europäischen Integration aufgeben zu wollen, wobei dies auch taktisch bedingt sein kann.

Trotz der negativen Erfahrungen des UK und der Zurückhaltung anderer europakritischer rechtspopulistischer Kräfte hat die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in ihrem Programm zur Europawahl 2024 die Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus dem Europäischen Währungsraum und der EU aufgenommen. Um die Konsequenzen einer solchen Entscheidung einzuordnen, werden in diesem Beitrag zum einen die Wirkungen des Brexits für die britische Volkswirtschaft beleuchtet.

Zum anderen soll anhand eines kontrafaktischen Szenarios abgeschätzt werden, wie sich Deutschland bei einem Austritt aus der EU analog zum Brexit entwickeln würde.

Brexit-Wirkungen auf die britische Wirtschaft

Eine Einschätzung zur Debatte über Forderungen nach einem potenziellen Austritt Deutschlands aus der EU kann durch eine Bestandsaufnahme zu den Folgen des Brexits für die britische Volkswirtschaft abgeleitet werden. Der Austritt des UK aus der EU Ende Januar 2020 hat dem Land – wie im Weiteren auf Basis von Studien belegt wird – erheblichen wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Die von den Befürwortern des Brexits gehegten Hoffnungen auf die positiven Wirkungen durch die Loslösung von Vorgaben durch das Unionsrecht und die Erlangung handelspolitischer Autonomie sind offensichtlich nicht eingetreten. Das ist nicht verwunderlich, denn der Brexit bringt eine wirtschaftliche Desintegration mit der EU als dem größten Handelspartner des UK mit sich.

Die Entscheidung zum Austritt aus der EU hat bereits vor dem rechtlichen Ende der Mitgliedschaft am 31. Januar 2020 zu Wachstumseinbußen geführt. So hat die im Zusammenhang mit dem britischen Referendum stattgefundene starke Abwertung des britischen Pfunds gegenüber dem Euro um fast ein Fünftel (Matthes, 2018) infolge steigender Einfuhrpreise die Inflation erhöht und damit die Realeinkommen gesenkt. Dies und die Verunsicherung der Verbraucher führte zu Einbußen bei den Konsumausgaben (Matthes, 2017). Zudem hat sich die zwischenzeitliche hohe Verunsicherung über die künftigen Beziehungen zwischen dem UK und der EU negativ auf die Unternehmen und die Investitionen ausgewirkt. Lange Zeit waren sogar Zölle zwischen den beiden Wirtschaftsräumen nicht ausgeschlossen. Ferner wurde der britische Markt für Investitionen aus Drittländern unattraktiver, da nach dem Brexit der Zugang zum EU-Binnenmarkt nicht mehr gewährleistet sein würde. Diese Effekte führten dazu, dass die tatsächliche Entwicklung der Wirtschaftsleistung und vor allem der Investitionen in den Jahren nach dem Referendum im UK deutlich schlechter verlief, als es noch Ende 2015 prognostiziert wurde (Matthes, 2017).

Auch handelsmodellbasierte Ex-ante-Schätzungen bestätigten die Erwartungen von wirtschaftlichen Einbußen durch den Brexit. Eine Überblicksstudie (Busch/Matthes,

2016) zu den Schätzungen der Brexit-Wirkungen im zeitlichen Umfeld des Referendums zeigte auf, dass mit solchen Einbußen zu rechnen ist, obwohl es auch positive Effekte eines EU-Austritts für das UK gibt, etwa verringerte Netto-Beitragszahlungen in den EU-Haushalt. Allerdings ermittelten die meisten Studien damals in ihren Modellschätzungen nur wirtschaftliche Kosten per saldo im niedrigen einstelligen Bereich zwischen 1 Prozent und meist deutlich unter 5 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vergleich zu einem Basisszenario (ohne Brexit) auf längere Sicht von etwa einer Dekade. Dies gilt auch für eine neuere Schätzung des Office for Budget Responsibility (OBR, 2023) zu den langfristigen Netto-Effekten des Brexits, die per saldo eine negative Wirkung von rund 4 Prozent auf das langfristige Produktivitätsniveau ermittelt. Eine neuere Schätzung des National Institute of Economic and Social Research (NIESR) stellt fest, dass die Wirkungen des Brexits bis zu 15 Jahre brauchen, bis sie in vollem Umfang realisiert sind (Kaya et al., 2023). Die Autoren schätzen den negativen Langfristeffekt bis 2035 auf 5 bis 6 Prozent der realen Bruttowertschöpfung. Eine direkte Vergleichbarkeit der Vielzahl von Studien ist dadurch eingeschränkt, weil jeweils unterschiedliche Bezugsgrößen für die Wirtschaftsleistung, abweichende Messverfahren sowie teils auch andere Betrachtungszeiträume angewandt werden. In den meisten Untersuchungen wird die prozentuale Abweichung der Niveaus des realen BIP im Brexit-Szenario und im Basisszenario ohne Brexit am Ende eines längeren Betrachtungszeitraums von etwa einer Dekade ausgewiesen. Diese prozentuale Größe kann dann zur besseren Veranschaulichung in einen absoluten Geldbetrag umgerechnet werden.

Wie Busch und Matthes (2016) herausarbeiteten, sind solche Studien jedoch in der Regel nicht in der Lage, zusätzliche positive Wirkungen der ökonomischen Integration einzubeziehen. Dazu gehören vor allem dynamische Effekte wie eine höhere Kapitalakkumulation aufgrund steigender Einkommen sowie höhere Innovationsanreize und eine effizientere Kapitalallokation aufgrund einer höheren Wettbewerbsintensität – wenn das Land in der EU bleibt. Ebenfalls nicht berücksichtigt sind positive Integrationswirkungen auf Direktinvestitionen und Arbeitsmobilität, die relevant sind, weil der Brexit die Attraktivität des britischen Standorts verringert und zudem die Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger eingeschränkt hat. Daher versuchten bereits im Umfeld des Referendums mehrere Studien (Ebell/Warren, 2016; Ebell et al., 2016; HM Government, 2016; Kierzenkowski et al., 2016) einige solcher zusätzlichen

Effekte zu berücksichtigen, indem sie die üblichen Modellergebnisse durch weitere separate Wirkungsaspekte ergänzten. In einem Szenario eines harten Brexits – also einer starken Abkoppelung von der EU – ermittelten diese Studien wesentlich höhere negative längerfristige Nettoeffekte, die deutlich über 5 Prozent des realen BIP hinausgehen und bis zu 9,5 Prozent des realen BIP reichen. Auch wenn diese Studien aufgrund der geschätzten Zusatzeffekte etwas weniger belastbar sind, signalisieren sie, dass die einschlägigen Handelsmodelle die negativen Brexit-Wirkungen tendenziell unterschätzen dürften.

Eine aktuelle Studie von Cambridge Econometrics (Bui et al., 2024) kommt ebenfalls auf höhere mittel- bis langfristige Einbußen bei der britischen Wirtschaftsleistung. Bereits für die Zeit bis 2023 werden die Einbußen für die reale Bruttowertschöpfung mit einem makroökonomischen Modell auf 6 Prozent geschätzt. Bis 2035 wird das Minus gemäß dieser Schätzung auf gut 10 Prozent ansteigen. Eine sektorale Betrachtung zeigt, dass das langfristige Minus als Differenz zum kontrafaktischen Szenario mit 31,7 Prozent für die Bauwirtschaft am größten ist, gefolgt von minus 17,4 Prozent für das Verarbeitende Gewerbe. Das langfristige Minus bei der Beschäftigung wird auf 7,4 Prozent geschätzt, bei den Investitionen auf 32,4 Prozent und bei den Importen auf 15,8 Prozent.

Brexit-Wirkungen auf Außenhandel und Handelsverflechtung mit der EU

Der Brexit hat dazu geführt, dass aufwendige Grenzkontrollen im Warenhandel zwischen dem UK und der EU eingeführt wurden, die viel Zeit und Geld kosten. Das war nötig, weil das UK aus der Zollunion der EU austrat und daher Ursprungsregeln eingeführt werden mussten. Deshalb müssen Ursprungszeugnisse beim Grenzübertritt kontrolliert werden. Zudem hat sich das UK bei Regulierungen von Produktstandards von den EU-Vorschriften gelöst, sodass wie bei allen Drittländern beim Warenimport in die EU auch stichprobenartige Produktkontrollen notwendig wurden. Diese Veränderungen behindern fortan den Handel zwischen dem UK und der EU.

Zwar haben sich die britischen Exporte in den EU-Binnenmarkt nach dem Austritt aus der EU im Jahr 2020 nicht schlechter entwickelt als die Ausfuhren in den Rest der Welt (Springford, 2024). Daraus lässt sich aber nicht der Schluss ziehen, der Brexit habe

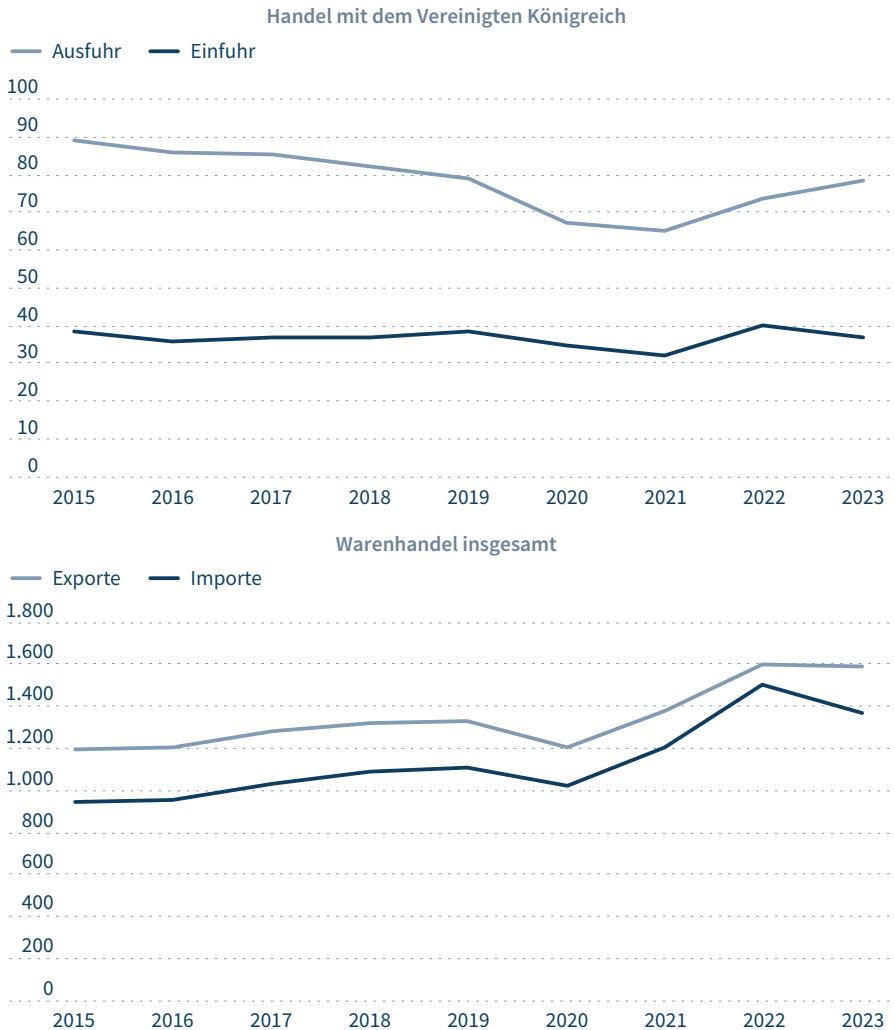
die britischen Exporte nicht negativ berührt. Denn während der Jahre 2021 und 2022 ist der Wert der Intra-EU-Exporte deutlich schneller gewachsen als die EU-Exporte in die übrige Welt. Diesen Handelsboom hat das UK nicht mitgemacht. Stattdessen verpasste es aufgrund der durch den Brexit verursachten Kosten des Grenzübertritts den starken Anstieg des innereuropäischen Handels (Springford, 2024). Der Unterschied betraf besonders Nahrungsmittel/Getränke/Tabak, Chemikalien und Gegenstände aus Kunststoff/Gummi oder Steine/Erden. Der britische Handel mit fast allen EU-Mitgliedstaaten war davon betroffen (Springford, 2024).

Nicht erfüllt haben sich auch die britischen Hoffnungen auf die vermeintlich großen Chancen einer autonomen Handelspolitik, die unter dem Slogan Global Britain firmierten. Ein Grund für den Brexit war die Erwartung, man könne losgelöst vom EU-Recht eigenständig viele neue Handelsabkommen abschließen und durch die stärkere Öffnung zur Welt außerhalb der EU den Integrationsrückgang mit der EU kompensieren. Zwar gelang es den Briten erfolgreich, die Freihandelsabkommen, die die EU mit Drittländern abgeschlossen hatte, zu reproduzieren. Neue Marktzugangsmöglichkeiten werden dadurch allerdings nicht erschlossen (Berg, 2024). Neue Abkommen konnten nur mit Australien und Neuseeland abgeschlossen werden. Außerdem will das Land dem Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) beitreten (Berg, 2024). Die britische Regierung beziffert die langfristige Erhöhung des realen BIP infolge des Abkommens mit Australien auf 0,08 Prozent und des Abkommens mit Neuseeland auf 0,03 Prozent – jeweils bezogen auf das Jahr 2035. Rechnet man noch die geschätzte BIP-Steigerung durch den Beitritt zum CPTPP in Höhe von 0,07 Prozent hinzu, kommt man auf einen langfristigen Gesamteffekt von gerade einmal 0,18 Prozent des realen BIP-Niveaus am Ende des Betrachtungszeitraums. Gegenüber den geschätzten Einbußen des Brexits in Höhe von 5 bis 10 Prozent der Wirtschaftsleistung sind diese Vorteile verschwindend gering. Das erhoffte Abkommen mit den Vereinigten Staaten, das deutlichere Effekte gehabt hätte, kam dagegen nicht zustande. Damit wird deutlich, dass die negativen Wirkungen höherer Barrieren im Handel mit einem großen und geografisch nahe gelegenen Handelsraum wie der EU nicht durch niedrigere Barrieren und mehr Handel mit kleineren geografisch fernen Ländern kompensiert werden können.

Entwicklung des deutschen Warenhandels

Abbildung 1

Angaben in Milliarden Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/mBHXrYzbcy9cLxG>

Die von Springford (2024) analysierten Aussagen lassen sich für die Handelsbeziehungen Deutschlands mit dem UK bestätigen. Dies wird deutlich, wenn man den deutsch-britischen Außenhandel von 2015 bis 2023 mit dem gesamten deutschen Außenhandel vergleicht (Abbildung 1). Während die deutschen Exporte in das UK im Jahr 2023 um fast 12 Prozent unter dem Niveau von 2015 lagen, erhöhten sich die gesamten deutschen Ausfuhren im gleichen Zeitraum um 33 Prozent. Bei den Importen aus dem UK verzeichnete Deutschland in diesem Zeitraum ein leichtes Minus von 4,4 Prozent, die gesamten deutschen Einfuhren stiegen dagegen um 43,8 Prozent an.

Blickt man auf einzelne Warengruppen, dann zeigt sich, dass bei den deutschen Ausfuhren besonders die pharmazeutischen Erzeugnisse mit fast 50 Prozent gelitten haben (Tabelle). Auf der Einfuhrseite waren es chemische Erzeugnisse mit einem Minus von 36 Prozent. Die gesamten Ausfuhren und Einfuhren Deutschlands bei diesen Warengruppen haben sich dagegen positiv entwickelt; mit einer Ausnahme bei den sonstigen Fahrzeugen. Auch beim Blick auf diese Zahlen wird deutlich, dass es aus deut-

Deutscher Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich in ausgewählten Produktgruppen

Tabelle

Veränderung von 2015 bis 2023 in Prozent

	Exporte		Importe	
	UK	Insgesamt	UK	Insgesamt
Chemische Erzeugnisse	-0,5	30,2	-36,0	34,9
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	-49,5	61,4	13,8	60,1
Gummi-/Kunststoffwaren	-6,1	29,1	-11,8	30,3
Glas, Keramik, Steine/Erden	-1,4	32,3	-21,2	19,7
Metallerzeugnisse	-11,3	24,5	28,9	39,8
Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	-21,1	36,7	-10,2	38,8
Elektrische Ausrüstungen	27,1	55,8	26,4	109,2
Maschinen	17,0	31,8	32,6	41,6
Kraftwagen/Kraftwagenteile	-27,1	18,9	-6,6	51,8
Sonstige Fahrzeuge	-21,1	-15,1	3,7	-0,1

Abgrenzung nach dem Güterverzeichnis für die Produktionsstatistik.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/HgiWqsDHLcFjA4z>

scher Sicht zu einer Handelsumlenkung hin zu anderen Partnern gekommen sein dürfte, die zulasten des Handels mit dem UK ging.

Schätzung von Austrittskosten mit der Synthetischen Kontrollmethode

Da das UK offensichtlich wirtschaftlich unter dem Brexit gelitten hat, liegt es nahe, negative wirtschaftliche Folgen für Deutschland bei einem Austritt aus der EU (Dexit) anzunehmen. Das Beispiel des UK dient im Folgenden als Basis für eine Schätzung der wirtschaftlichen Kosten eines von der AfD geforderten Austritts Deutschlands aus der EU. Diese Kosten werden auf Basis einer kontrafaktischen Analyse untersucht, wie dies bereits für Nordrhein-Westfalen umgesetzt wurde (Bolwin et al., 2024). Auch die vorliegende Analyse wendet die sogenannte Synthetische Kontrollmethode (SKM) an.

Das Brexit-Referendum lässt sich im Rahmen dieser Methode als Intervention (sogenanntes Treatment) interpretieren, mit deren Hilfe geschätzt werden kann, welche wirtschaftlichen Effekte für Deutschland zu erwarten gewesen wären, hätte hierzulande ein analoges Referendum mit selbigem Ausgang (Deutschland verlässt die EU) stattgefunden. Die Analyse ist kontrafaktisch. Denn das hypothetische Szenario, in dem Deutschland die EU verlassen hat, wird verglichen mit dem tatsächlichen Ist-Zustand (Deutschland hat die EU nicht verlassen), der nicht eingetreten ist. Der Vergleich lässt sich ab dem Zeitpunkt des Referendums im Sommer 2016 bis zum letzten Datenrand 2021 anstellen und liefert daher den geschätzten kausalen Nutzen der EU für Deutschland von 2016 bis 2021. Für beide Szenarien wird der Entwicklungspfad des jährlichen realen BIP betrachtet.

Im Kern sieht die Methode vor, eine behandelte Einheit durch eine Kombination von nicht behandelten Einheiten (sogenannten Spendern) in der Phase vor der Intervention so gut wie möglich abzubilden. Dabei lassen sich sowohl der betrachtete Indikator (BIP) als auch zusätzliche Struktureigenschaften wie der Branchenmix oder die Außenhandelsverflechtungen der untersuchten Einheit in der Schätzung berücksichtigen. So kann das UK als Kombination verschiedener anderer Länder dargestellt werden, die bis zum Referendum eine vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung aufweisen. Es wird dabei unterstellt, dass diese Relation auch in den Folgejahren stabil geblieben wäre. Damit kann aufbauend auf der weiteren Entwicklung der Referenzländer abgeschätzt

werden, wie die britische Wirtschaft ohne Referendum gewachsen wäre. Aus der Differenz dieser synthetischen Entwicklung im UK und der tatsächlichen Entwicklung wird die Wirkung des Ereignisses abgeleitet, das beide Szenarien unterscheidet – in diesem Fall der Brexit.

Die Synthetische Kontrollmethode wurde von Born et al. (2019) bereits zur Schätzung des kausalen BIP-Effekts des Brexit-Referendums eingesetzt. Bei dieser Analyse stellen das Brexit-Referendum die Intervention, der Zeitraum bis 2016 die präinterventionelle Phase, der Zeitraum ab 2016 die postinterventionelle Phase, das UK die behandelte Einheit und eine Auswahl an OECD-Ländern die sogenannten Spender dar. Im Rahmen der Analyse ließ sich das BIP des UK in der präinterventionellen Phase durch eine Kombination des BIP der USA (Gewicht: 51 Prozent), Italiens (17 Prozent), Neuseelands (14 Prozent), Ungarns (11 Prozent) und Deutschlands (5 Prozent) bestmöglich synthetisieren. Gleiches gilt auch für andere Strukturindikatoren wie Produktivität, Beschäftigtenquote und Außenhandel. Für den Zeitraum der Brexit-Entscheidung zwischen Anfang 2016 und Ende 2018 lag das BIP des synthetischen UK um 1,7 bis 2,5 Prozent oberhalb des tatsächlich beobachteten BIP. Der geschätzte kausale Effekt des Brexit-Referendums beläuft sich somit also auf einen durchschnittlichen Rückgang von gut 2 Prozent des preisbereinigten BIP-Niveaus am Ende des Betrachtungszeitraums.

Anwendung der Synthetischen Kontrollmethode für einen Dexit

Die beschriebene Methode wird hier an verschiedenen Stellen variiert, um für die betrachtete Fragestellung auf Deutschland anwendbar zu sein. Im Gegensatz zu dem beschriebenen Fall für den Brexit liegt beim Dexit die Intervention nicht im real beobachteten Fall vor, sondern im hypothetischen Fall. Damit muss der Effekt der Abwesenheit einer Intervention berechnet werden. Das hypothetische Dexit-Deutschland kann damit nur aus den Regionen des UK synthetisiert werden, die alle zur gleichen Zeit vom Brexit betroffen waren. Der Vergleich zwischen tatsächlichem und hypothetischem Deutschland liefert anschließend den kausalen Effekt der Abwesenheit eines EU-Referendums im Jahr 2016. Damit wird abgeschätzt, wie sich ein Dexit zum Zeitpunkt des Brexits auf Deutschland ausgewirkt hätte. Dafür ist mit dem Zeitraum 2016 bis 2021 eine längere Beobachtungsperiode als bei Born et al. (2019) verfügbar. Dabei ist zu bedenken, dass dieser Zeitraum ebenfalls die beiden Pandemiejahre 2020

und 2021 mit ihren Besonderheiten enthält. Auch wenn das hypothetisch betrachtete Ereignis des simulierten Dexit in der Vergangenheit liegt, ist davon auszugehen, dass die Kosten eines zukünftigen Dexit in ähnlicher Höhe zu veranschlagen wären.

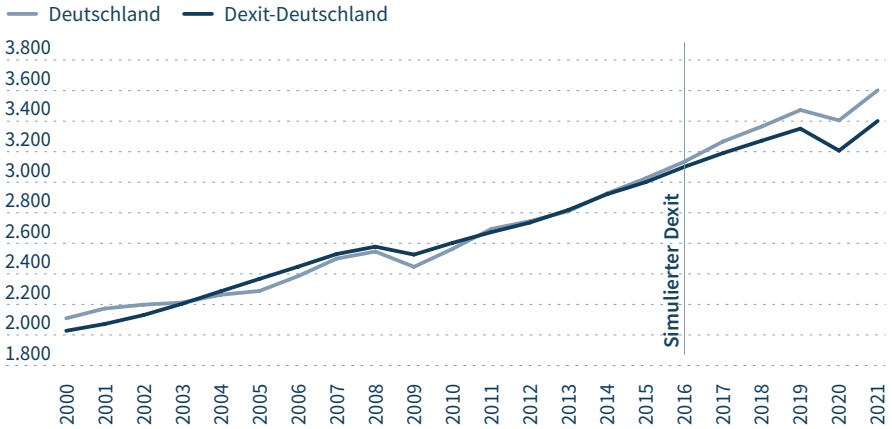
Ein synthetisches, kontrafaktisches Dexit-Deutschland kann nicht aus mehreren Staaten zusammengesetzt werden, da nur das UK das relevante Merkmal – nämlich den Austritt aus der EU – aufweist. Daher wird auf die Ebene der deutschen Bundesländer oder der administrativen Regionen im UK zurückgegriffen. Die einzelnen Bundesländer werden synthetisiert und die resultierenden 16 Ergebnisse anschließend zu einem gesamtdeutschen Effekt aggregiert. Einige Bundesländer lassen sich jedoch nicht durch die britischen Regionen synthetisieren. Dies ist der Fall, wenn das mittelwertbereinigte BIP eines Bundeslands in seiner Entwicklung durchweg über oder unter der Entwicklung aller britischen Regionen liegt. Wenn die Phase vor der Intervention (dem Brexit) im synthetischen Bundesland den realen Verlauf nicht gut genug abbildet, wird das Bundesland aus der Analyse ausgeschlossen. Die mittlere quadratische Abweichung (MSE) zwischen tatsächlichem und geschätztem BIP-Pfad in der präinterventionellen Phase dient hierbei als Indikator, wobei Bundesländer mit einer MSE von mehr als 10 aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden. Im Sinne einer konservativen Schätzung kann für diese Bundesländer ein Nulleffekt angenommen werden. Alternativ kann der Effekt der erfolgreich synthetisierten Bundesländer auf Gesamtdeutschland übertragen werden. Als Punktschätzer des Effekts werden hier der Mittelwert zwischen der unteren Grenze (Nulleffekt) und der oberen Grenze (Durchschnittseffekt) verwendet.

Der Vergleich der tatsächlichen Entwicklung des realen BIP in Deutschland gegenüber jenem des hochgerechneten, synthetischen, kontrafaktischen Dexit-Deutschlands zeigt eine deutliche Schwächung der wirtschaftlichen Entwicklung ab einer Entscheidung zum Austritt aus der EU. Dabei liegen obere und untere Grenze der Schätzung nah beieinander. Abbildung 2 zeigt den Mittelwert des kontrafaktischen Dexit-Szenarios und die tatsächliche Entwicklung des realen BIP in Deutschland für den Zeitraum 2000 bis 2021.

Wachstumspfade für Deutschland im Vergleich

Abbildung 2

Entwicklung des realen BIP in Deutschland mit und ohne einen Austritt aus der EU in Milliarden Euro



Quellen: Office for National Statistics; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/tKZqr7TdMk9Ebot>

Es ist in Abbildung 2 gut erkennbar, dass vor dem simulierten Austrittsdatum 2016 eine vergleichsweise hohe Übereinstimmung zwischen tatsächlicher und kontrafaktischer Entwicklung in Deutschland besteht. Dies war zu erwarten, denn das synthetische Dexit-Deutschland wurde gerade so zusammengesetzt, dass eine hohe Übereinstimmung vor der Intervention erreicht wird. Nach dem Brexit-Referendum erfahren die britischen Regionen eine negative Behandlung durch die Intervention. Werden diese Einheiten nun weiterhin zur Synthetisierung Deutschlands genutzt, ergibt sich der positive Nutzen für Deutschland dadurch, dass es im faktischen Verlauf eben kein Referendum und keinen Dexit gab. Die Differenz zwischen faktischem und kontrafaktischem Verlauf quantifiziert den Nutzen für Deutschland durch den Verbleib in der EU.

Es wird aus dieser Analyse deutlich, dass sich der Zuwachs der Wirtschaftsleistung ab einer Austrittsentscheidung aus der EU merklich verlangsamen würde. Fünf Jahre nach einer solchen Entscheidung läge das reale BIP um 5,6 Prozent unter dem Referenzwert. Hätte also im Jahr 2016 ein vergleichbares Referendum in Deutschland stattgefunden,

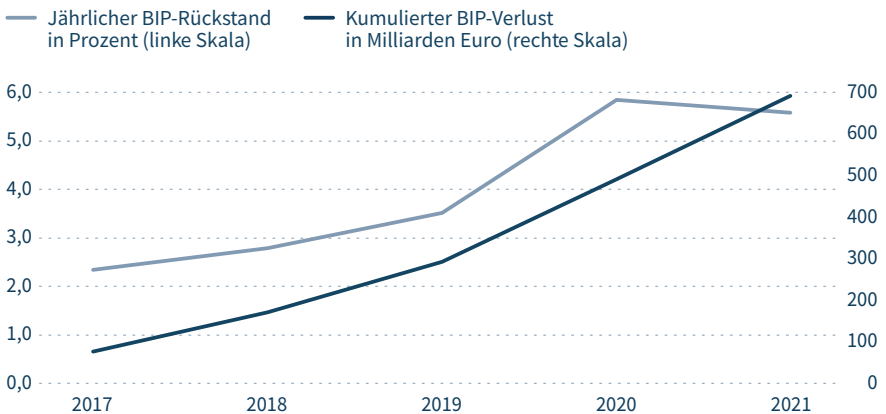
wäre die Wirtschaftsleistung Deutschlands im fünften Jahr nach der Austrittsentscheidung um schätzungsweise 5,6 Prozent geringer, als sie es heute tatsächlich ist. Dies entspricht einem Verlust von um die 200 Milliarden Euro. Dieser absolute Betrag lässt sich auch in Vollzeit-Arbeitsäquivalenten ausdrücken: Umgerechnet mit der gegenwärtigen Arbeitsproduktivität eines durchschnittlichen Erwerbstätigen ist ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 200 Milliarden Euro mit einem Verlust von gut 2,5 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland gleichzusetzen.

Die volkswirtschaftlichen Schäden eines Dexit's steigen im Zeitverlauf an (Abbildung 3). Hätte sich Deutschland für den britischen Weg entschieden, hätte es schon im ersten Jahr einen BIP-Verlust in Höhe von 2,3 Prozent gegeben. Diese Einbußen beliefen sich im vierten Jahr auf 5,8 Prozent und im fünften Jahr auf 5,6 Prozent des jeweiligen realen BIP. Aufsummiert über die gesamten fünf Jahre hätte der volkswirtschaftliche Verlust rund 690 Milliarden Euro betragen. Auch über diesen Betrachtungszeitraum hinaus steigen die kumulierten Kosten Jahr für Jahr weiter an.

Entwicklung der Kosten eines EU-Austritts für Deutschland

Abbildung 3

Rückstand des synthetischen Dexit-BIP gegenüber dem tatsächlichen BIP in Prozent sowie kumulierter BIP-Verlust in Milliarden Euro¹⁾



1) Reales BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/RKpmABTGgGGAHk7>

Bei dieser Schätzung ist zu berücksichtigen, dass die Jahre 2020 und 2021 durch die Auswirkungen der Corona-Krise überlagert werden, die zunächst zu einem starken Wirtschaftseinbruch und im Folgejahr zu einer deutlichen Erholung führten. Beide Effekte waren im UK deutlich stärker ausgeprägt als in Deutschland. Das mit der hier verwendeten Methode erzielte Schätzergebnis liegt im Bereich der zuvor erwähnten Modellschätzungen zu den Auswirkungen des Brexits und erscheint daher von der Größenordnung her plausibel. Verschiedene Argumente sprechen darüber hinaus dafür, dass die hier angestellte Schätzung eher eine Untergrenze der wirklichen Schäden eines Dexit darstellt:

- Erstens kann davon ausgegangen werden, dass der tatsächliche BIP-Pfad Deutschlands, der als Vergleichsmaßstab dient, negativ durch das Brexit-Referendum beeinflusst wurde, da es zu dem aufgezeigten deutlichen Rückgang des deutsch-britischen Handels und vor allem der deutschen Exporte in das UK kam.
- Zweitens dürfte die schon aufgrund der geografischen Lage engere Verflechtung Deutschlands mit den EU-Mitgliedstaaten höhere Kosten eines EU-Austritts zur Folge haben als für das UK.
- Drittens wäre ein Austritt Deutschlands aus der EU auch mit einem Austritt aus der gemeinsamen Währung verbunden, was zusätzliche wirtschaftliche Kosten der Desintegration mit sich bringen würde, die hier nicht berücksichtigt sind.

Fazit

Ein möglicher Austritt Deutschlands aus der EU wäre mit einem Verlust von schätzungsweise 5,6 Prozent des realen BIP nach bereits fünf Jahren und dem Wegfall von rund 2,5 Millionen Arbeitsplätzen im fünften Jahr verbunden. Der summierte BIP-Verlust über die ersten fünf Jahre von rund 690 Milliarden Euro würde in etwa dem volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsverlust der Corona-Pandemie und der Energiekostenkrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine entsprechen (Grömling, 2024). Während diese beiden Krisen jedoch extern verursacht und – zumindest im Fall der Corona-Krise – zeitlich begrenzt waren, wären die Dexit-Kosten dauerhaft und selbstverschuldet. Ein Dexit würde bewusst eine schwere ökonomische Krise und einen nachhaltigen Wohlstandsverlust der Bevölkerung in Deutschland auslösen.

Literatur

Berg, Aslak, 2024, Weighed down by gravity: UK trade policy after Brexit, Centre for European Reform 11.3.2024, https://www.cer.eu/sites/default/files/insight_AB_trade_brexit_11.3.2.pdf [17.4.2024]

Bolwin, Lennart et al., 2024, NRW: Stark durch die EU, Studie für die unternehmer nrw, Köln

Born, Benjamin / Müller, Gernot / Schularick, Moritz / Sedláček, Petr, 2019, The Costs of Economic Nationalism: Evidence from the Brexit Experiment, in: *The Economic Journal*, 129. Jg., Nr. 623, S. 2722–2744

Bui, Ha et al., 2024, London's Economy after Brexit: Impacts and Implications, Final report – January 2024, Cambridge Econometrics, https://www.camecon.com/wp-content/uploads/2024/01/GLA_Impacts-of-Brexit-report_Final.pdf [3.5.2024]

Busch, Berthold, 2020, Brexit und Außenhandel, IW-Report, Nr. 39, Köln

Busch, Berthold, 2022, Nach dem Brexit. Eine erste Einschätzung ökonomischer und politischer Folgen, IW-Analysen, Nr. 150, Köln

Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2016, Ökonomische Konsequenzen eines Austritts aus der EU – Am Beispiel des Brexits, IW-Analysen, Nr. 112, Köln

Ebell, Monique / Warren, James, 2016, The long-term economic impact of leaving the EU, in: *National Institute Economic Review*, Nr. 236, S. 121–138

Ebell, Monique / Hurst, Ian / Warren, James, 2016, Modelling the long-run economic impact of leaving the European Union, NIESR Discussion Paper, Nr. 462, London

Grömling, Michael, 2024, Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland, IW-Report, Nr. 11, Köln

Grömling, Michael / Koenen, Michelle, 2023, Britische Konjunktur im Spiegel der IW-Konjunkturampel, IW-Report, Nr. 50, Köln

HM Government, 2016, Treasury analysis. The long-term economic impact of EU membership and the alternatives, <https://www.gov.uk/government/publications/hm-treasury-analysis-the-long-term-economic-impact-of-eu-membership-and-the-alternatives> [3.5.2024]

Kaya, Ahmet et al., 2023, Revisiting the effect of Brexit, NiGEM Topical Feature, NIESR Global Economic Outlook - Autumn 2023, London

Kierzenkowski, Rafal et al., 2016, The Economic Consequences of Brexit. A Taxing Decision, OECD Economic Policy Paper, Nr. 16, Paris

Matthes, Jürgen, 2017, Wachstumskosten des Brexit, IW-Kurzbericht, Nr. 81, Köln

Matthes, Jürgen, 2018, Brexit führt zu Schwäche bei Reallöhnen und Konsum, IW-Kurzbericht, Nr. 19, Köln

OBR – Office for Budget Responsibility, 2023, Brexit Analysis, Brexit analysis - Office for Budget Responsibility, London

Springford, John, 2024, Brexit, four years on: Answers to two trade paradoxes, Centre for European Reform, 25.1.2024, https://www.cer.eu/sites/default/files/insight_JS_brexit-trade_25.1.24.pdf [17.4.2024]

Brexit – Not an Example for Germany to Follow

No other country has so far emulated the United Kingdom's decision to leave the European Union (EU). Without the benefits of European integration Britain now faces significant trade barriers and other economic disadvantages. This negative experience should serve as a warning to all those in other EU member states who favour leaving the EU. Indeed, what has happened to the UK makes it possible to estimate the economic costs Germany would incur if, as the right-wing party Alternative für Deutschland (AfD) demands, it were to leave the EU. The present estimation is based on a counterfactual analysis using the synthetic control method (SCM) and suggests that after just five years a so-called Dexit would result in 5.6 per cent lower real gross domestic product and put around 2.5 million jobs in Germany at risk. In fact, the cumulative losses in Germany's economic output within these first five years would be similar to those caused between 2020 and 2023 by the combination of Covid19 pandemic and energy cost crisis. By exiting the EU and the European Monetary Union Germany would be walking open-eyed into a severe economic crisis and a lasting loss of prosperity.